



Seite 4:
Lesen gegen das Vergessen –
Die Bernburg-Premiere



Seite 5:
Von der Konstituierung
der Kreistagsfraktion



Seite 6:
Inklusionswoche führte in den Bundestag

DIE LINKE ZEITUNG

07-08/2019

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

Parteitag wählte neuen Landesvorsitzenden



Stefan Gebhardt (links) wird vom scheidenden Vorsitzenden Andreas Höppner zur Wahl gratuliert; Foto privat

Auf dem Landesparteitag der LINKEN am letzten Juniwochenende in Burg wurde Stefan Gebhardt aus dem Mansfelder Land mit knapp 70 Prozent der Stimmen ohne Gegenkandidaten zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der 45-jährige Kulturpolitiker sitzt seit 1998 im Landtag und wurde nach der Landtagswahl 2016 parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Sein Vorgänger im Landesvorsitz, Andreas Höppner aus der Altmark, erst vor zwei Jahren mit 92 Prozent gewählt, will sich wieder auf sein Landtagsmandat und auf seine Ämter in der Kommunalpolitik, unter anderem als Ortsbürgermeister, konzentrieren. Ohne

Gegenkandidaten wiedergewählt wurden die stellvertretenden Landesvorsitzenden Janina Böttger aus Halle, Doreen Hildebrandt aus der Börde und Mario Blasche aus dem Landkreis Stendal, ebenso Hans-Joachim Bittrich (Halle) als Landesschatzmeister. Neu in der Funktion der Landesgeschäftsführerin ist dagegen Sabine Krems aus dem Saalekreis. Für die bisherige Regionalmitarbeiterin des Landesverbands für das südliche Sachsen-Anhalt stimmten 72 Prozent der Delegierten. Sie ersetzt Henriette Krebs aus Bernburg, die nach zwei Jahren Tätigkeit nach der kürzlichen Geburt ihrer zweiten Tochter nicht wieder kandidierte.

Dennoch ist der Salzlandkreis in verschiedenen Gremien auch wieder vertreten. In den 18-köpfigen Landesvorstand wiedergewählt wurde Roland Claus (Schönebeck) ebenso wie Torsten Hans (Schönebeck) als eines von vier Mitgliedern aus Sachsen-Anhalt in den Bundesausschuss. Petra Giest und Jana Lankau (beide Bernburg) hatten für die Landesfinanzrevisionskommission nicht wieder kandidiert. In diese Kommission erstmals gewählt wurde dafür Carolin Spieß aus dem Ortsverband Schönebeck.

In seiner Rede ging der scheidende Landesvorsitzende auf die enttäuschenden Wahlergebnisse der LINKEN in den Wahlen Ende Mai dieses Jahres ein. „Da gibt es nichts zu beschönigen“, und das wolle er an dieser Stelle auch nicht tun, so Andreas Höppner. Bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt erreichte die LINKE nur noch rund 15 Prozent und verlor etwa ein Drittel der Mandate. Er dankte allen Kandidierenden, den vielen aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern und wies auf „eine ganze Menge Lichtblicke“ hin, darunter viele neue und jüngere Kandidaten. Insgesamt gab es rund 1700 Kandidaturen auf allen Ebenen, aus denen etwa 470 Mandate wurden. Deshalb dürfe nicht aufgegeben werden. Die Partei dürfe ihre Kernthesen nicht vernachlässigen, müsse stattdessen in diesen aktiver werden. Seine Rede diene gleichzeitig der Einbringung und Erläuterung des Leitantes „Das Land, die Leute, DIE LINKE – gemeinsam unser Land verändern“, der mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet wurde. Darin heißt es: „Wir sind die Partei mit dem sozialen Kompass.“ Für die Landtagswahl 2021 wird ein deutlicher Zuwachs

Fortsetzung auf Seite 2~

~Fortsetzung von Seite 1

gegenüber 2016 (damals 16 Prozent) angestrebt, „also 20 Prozent + x“.

Stefan Gebhardt erklärte in seiner Bewerbungsrede für den Landesvorsitz: „Ich kandidiere, weil ich unsere Partei zu einem starken Ergebnis bei den nächsten Landtagswahlen führen will. Das geht nur, wenn wir ehrlich analysieren, wo wir stehen und was wir ändern müssen.“ Gemeinsam mit den führenden Genossinnen und Genossen in Landesvorstand und Landtagsfraktion legte er das Diskussions-

papier „Ein Angebot für einen Sozialstaatsdialog in Sachsen-Anhalt“ vor. Darin werden eine Reihe dringender Handlungsfelder und politischer Probleme in Bund und Land benannt und Forderungen zu ihrer Lösung aufgestellt.

Höhepunkt am zweiten Beratungstag war der Auftritt des Vorsitzenden der Landtagsfraktion Thomas Lippmann. Er stellte fest, dass die bisherige Macht von CDU und CSU bundesweit bröckelt und – trotz der Wahlerfolge der AfD – der Trend zeige, dass „die Stimmen jenseits des bürgerlich-konservativen und national-

völkischen Lagers wachsen und nach und nach wieder linke Mehrheiten entstehen“. Der gegenwärtigen Regierung in Sachsen-Anhalt, der „Kenia-Koalition“ aus CDU, SPD und Grünen, bescheinigte er Stillstand und Selbsterstörung. Die LINKE arbeite für einen Politikwechsel im Land, denn „diese Koalition wird und darf keine Perspektive haben“. Die LINKE und alle sozialen Kräfte forderte er auf, alles dafür zu tun, damit die CDU mit der AfD 2021 in Sachsen-Anhalt keine Machtoption erhält.

Lothar Boese

Zu den Ergebnissen der Wahl des Europäischen Parlaments in Deutschland

Friedrich Schütz

Mit der Wahl des Europäischen Parlaments hatten die über 400 Millionen Wahlberechtigten in den 28 Mitgliedstaaten die Aufgabe, die 751 Abgeordneten zu wählen. Die Wahl fand im nationalen Rahmen statt. So bewarben sich die politischen Parteien um die für ihr Land festgelegte Abgeordnetenzahl. Diese beträgt für Deutschland 96. Der Wahltag war in den meisten Ländern, wie auch in Deutschland, der 26. Mai.

Im Folgenden stütze ich mich weitgehend auf den sogenannten Wahlbericht von Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der parteinahen Stiftung der Partei DIE LINKE. Diese in der Nacht nach dem Wahltag zu den Wahlen auf zentraler oder Landesebene geschriebenen Berichte sind im Internet abrufbar.

Ein bedeutendes Merkmal dieser Wahl in Deutschland war die recht hohe Wahlbeteiligung mit 61,4%. Bei der Wahl 2014 waren es nur 48,1% gewesen. Horst Kahrs schreibt von einem deutlichen Wahlanstieg und wertet dieses Ereignis als „eine seit 2016 anhaltende Politisierung der deutschen Gesellschaft und eine Verschärfung der gesellschaftlichen und politischen Konflikte“.

Bei der Darstellung der Wahlergebnisse der Parteien wird an einigen Beispielen gezeigt, wie unterschiedlich in den Bundesländern zu dem jeweiligen Ergebnis beigetragen wurde. Ich möchte auch erwähnen: Bei vielen Zahlenangaben handelt es sich um vorläufige Ergebnisse.

Zwei in dem Bericht gemachte allgemeine Feststellungen zu der Wahl und den Parteien sollen nicht unerwähnt bleiben: 1. „Die Zahl der aus Deutschland ins europäische Parlament Abgeordnete entsendenden Parteien hat sich dank der fehlenden Sperrklausel nochmals erhöht“. 2. „Von Volksparteien im Sinne der alten Bundesrepublik zu sprechen, hat sich angesichts der erneuten Verluste der SPD und auch der Union wohl endgültig überholt“.

Das beste Ergebnis unter den Parteien erreichte erwartungsgemäß die CDU mit 22,6% der Stimmen und 23 Sitzen. Gegenüber 2014, als 30,9% erreicht und 29 Sitze gewonnen wurden, war das eine beträchtliche Niederlage. Eine kleine Gewinnerin war dagegen die CSU mit 6,3% der Stimmen. Was die Ergebnisse in den

Ländern betrifft, so kam die Union in Bayern auf 40,7%. Über 30% erreichte sie im Saarland, Rheinland-Pfalz, auch in Baden-Württemberg. In Sachsen-Anhalt stimmten 23,2% für sie.

Die große Verliererin der Wahl ist die SPD, die das erste Mal bei einer bundesweiten Wahl mit 15,8% deutlich unter 20 Prozent blieb und dafür nur 16 Abgeordnete bekommt. Das war gegenüber 2014 mit einem Stimmenanteil von 27,3% und 27 Sitzen ein so nicht erwartetes Ergebnis. Einen größeren Anteil an den Stimmengewinnen hatten das Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, aber auch Bremen und Hamburg. In Bayern und Sachsen blieb sie unter 10 Prozent.

Die Grünen sind mit einem Stimmenanteil von 20,5% und 21 Sitzen der größte Gewinner der Wahl und wurden damit die zweitstärkste Partei. Sie konnten ihr Ergebnis gegenüber 2014, als sie 10,7% der Stimmen und 11 Sitze bekamen, etwa verdoppeln. Horst Kahrs sieht als Ursachen für ihren Erfolg deren Rolle als Gegenpart zur AfD, aber auch die Schwäche der anderen Parteien, auch der LINKEN. Überdurchschnittliche Zustimmung erhielten sie in Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin. In den ostdeutschen Ländern stimmten relativ wenige Wähler für sie, so in Thüringen 8,6%, in Sachsen-Anhalt 9,2% und in Sachsen 10,3%.

Leicht verbessern konnte sich die FDP, die von 3,4% der Stimmen und 3 Sitzen auf 5,4% und 5 Sitze kam.

Zu den Gewinnern der Wahl gehört auch die AfD mit einem Stimmenanteil von 11% und 11 Sitzen. 2014 waren es 7,1% und 7 Sitze gewesen. Dabei fällt vor allem der hohe Anteil im Osten auf. So wurde sie in Sachsen mit 25,3% zur stärksten Partei dieser Wahl. Das wurde sie auch in Brandenburg, wenn auch mit einem etwas niedrigeren Ergebnis. In Sachsen-Anhalt stimmten 20,7% für sie, womit sie nach der CDU den zweiten Platz erreichte. In den westdeutschen Ländern kam sie nur auf einstellige Gewinne. Das für sie schlechteste Ergebnis hatte sie mit 6,5% in Hamburg.

Leicht verbessern konnte sich die FDP, die von 3,4% der Stimmen und 3 Sitzen auf 5,4% und 5 Sitzen kam. Unter den 41 Parteien und sonstigen Vereinigungen, die zur Wahl standen, gewannen folgende Kleinstparteien Sitze im Europaparlament: FREIE WÄHLER 2, Tier-

schutzpartei 1, FAMILIE 1, PIRATEN 1, ÖDP 1, DIE Partei 2 und VOR 1, Die NPD erreichte nicht die erforderliche Stimmenzahl.

Nach diesem Überblick über die Ergebnisse der an der Wahl teilgenommenen Parteien wende ich mich nun der LINKEN zu, also ihre Ergebnisse aufzeigen und auf die Ursachen eingehen.

DIE LINKE hat bei dieser Wahl nur 5,5% der Stimmen und damit 5 Sitze erhalten, was ein großer Rückschlag gegenüber 2014 mit 7,4% und 7 Sitzen ist. Bei dem Anteil der Länder zeigt sich der bekannte Unterschied zwischen Ost und West. So lag dieser im Osten zwischen 14,4% in Sachsen-Anhalt und 11,7% in Sachsen. Im Westen waren sie in allen Ländern einstellig, am höchsten in den beiden Stadtstaaten und im Saarland. Das niedrigste Ergebnis gab es in Bayern mit 2,4%.

Horst Kahrs schreibt im Bericht: DIE LINKE geht erstmals in ihrer Geschichte als Linkspartei mit einer fünf vor dem Komma aus einer bundesweiten Wahl hervor. Als Gründe dafür nennt er: 1. die für viele unklare Haltung gegenüber der EU. 2. die traditionell niedrigere Mobilisierungsfähigkeit der Partei bei europäischen Wahlen und 3. die Vielzahl konkurrierender kleinerer Parteien.

Die Delegation der Partei DIE LINKE hat sich konstituiert und Martin Schirdewan zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Ihr gehören als weitere Abgeordnete Özlem Demirel, Cornelia Ernst, Helmut Scholz und Martina Michels an.

Die Gründe für das ungenügende Ergebnis bei dieser Wahl wurden auf der Sitzung des Parteivorstandes am 16. Juni ausführlich diskutiert. Ich zitiere hierzu zwei Gedanken von Jörg Schindler, dem Bundesgeschäftsführer der LINKEN, aus der Sofortinformation über diese Tagung:

1. „Ursachen für das schlechte Ergebnis bei der Europawahl lassen sich nicht nur auf der Vermittlungs- und Kommunikationsebene festmachen. Auch die schwache Mobilisierung entlang der sozialen Frage und bei weiteren wahlentscheidenden Themen schlägt sich im Wahlvotum nieder“.

2. „Wollen wir weiterhin eine aktivierende und lebendige Partei bleiben, müssen wir die Mitgliederarbeit, die Praxis der Aktion vor Ort stärken sowie die Partei für jüngere Anhängerinnen und Anhänger weiter öffnen“.

Landtagsticker Juni

Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Fachkräfte in der Jugendarbeit besser unterstützen

Fachkräfte in der Jugendarbeit leisten Großartiges, aber sie selbst arbeiten oftmals prekärer als in anderen Bereichen. Deshalb fordern wir, zur Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes Fördermittel für Fachkräfte und deren tarifliche Vergütung zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollen Mindeststandards der geförderten Angebote hinsichtlich der Arbeitsbedingungen der Fachkräfte überprüft werden. Wir wollen möglichst mehrjährige Förderungen und unbefristete Arbeitsverträge auch Mittelbindungen über fünf Jahre. So kann erfolgreiche und nachhaltige Jugendarbeit gelingen.

Situation der Kinderhospize und betroffener Familien im Land verbessern

Die Fraktion DIE LINKE möchte die Situation der Kinderhospize in Sachsen-Anhalt verbessern. Es müssten dringend einheitliche gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die eine stabile Finanzierung dieser Einrichtungen sichern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den stationären Einrichtungen und ambulanten Diensten erbringen eine wichtige und unverzichtbare Leistung und verdienen Respekt und Dankbarkeit.

Verfassungsfeindlicher Propaganda in den Schulen konsequent entgegentreten

Die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbolik in den Schulen muss durch alle am Erziehungs- und Bildungsprozess Beteiligten konsequent unterbunden werden. Zudem fordern wir die Landesregierung auf, schulnahe Fortbildungen anzubieten und einen Leitfadens zum Umgang mit verfassungsfeindlicher Propaganda zur Verfügung zu stellen. Hintergrund für den Antrag der Fraktion DIE LINKE ist die öffentliche Debatte über die strafrechtliche Relevanz des Zeigens des Hitlergrüßes an einer Schule in Halle.

Schieneninfrastruktur im Land

Innerhalb von 30 Jahren wurden 10 Prozent der Bahnstrecken in der Bundesrepublik Deutschland stillgelegt. Davon entfallen 40 Prozent auf Ostdeutschland. Sachsen-Anhalt schafft den traurigen zweiten Platz mit 660 Kilometern. Zuletzt wurden 13 Güterbahnhofe in Sachsen-Anhalt stillgelegt. Im Zuge dieser Stilllegungen wurden ganze Landstriche vom Ver-

kehr abgehängt. Vermeintlichen kurzfristigen Effekten wurden langfristige Entwicklungsperspektiven ganzer Regionen und der Klimaschutz geopfert. Für mehr Klimaschutz und die Erschließung ländlicher Räume braucht es eine Verkehrswende, die den Namen auch verdient. Stillgelegte Strecken reaktivieren, neue Strecken bauen, mehr in den Schienenverkehr investieren, das fordert die Fraktion DIE LINKE und will dafür die vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel und Mittel der Gemeindeverkehrsfinanzierung stärker heranziehen.

Fachkräftemangel in der Pflege – Perspektiven schaffen

Laut den aktuellen Erhebungen von Ver.di belaufen sich die Überstunden im Bereich Pflege an mitteldeutschen Kliniken im aktuellen Jahr bereits auf drei Millionen. Um diese Situation abfedern zu können, müssten allein im mitteldeutschen Raum 1 900 Vollzeitkräfte eingestellt werden. Um die derzeitige Situation spürbar zu verbessern, fordern wir, dass die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen deutlich verbessert werden. Sie sollen nach den Maßstäben des öffentlichen Tarifvertragswerkes ausgestaltet werden.

Menschengemachter Klimawandel

DIE LINKE fordert, dass der gegenwärtige Klimawandel als menschengemacht anerkannt und Treibhausgase drastisch reduziert werden. Zugleich verurteilen wir jegliche Diffamierung zivilgesellschaftlichen Engagements für den Klimaschutz und fordern dies vom Landtag ein. Unser Antrag fordert zudem, dass die vielen Milliarden für Subventionen, Steuervorteile und -ausnahmen für Produkte und Produktionsweisen, darunter die fossilen Energieträger, die nachweislich das Klima schädigen, endlich abgeschafft werden. So brauchen wir unter anderem eine grundlegende Reform der Luftverkehrssteuer und darüber hinaus die Einführung einer EU-weiten Kerosinsteuer.

Lehrermangel durch Mehrarbeit kompensieren – nicht mit uns!

Derzeit wird ein Entwurf zur Änderung der Arbeitszeitverordnung der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen diskutiert. Anrechnungsstunden in der gymnasialen Oberstufe vollständig gestrichen und die Altersermäßigung sollen erheblich gekürzt werden. Das heißt im Klartext: Der Lehrkräftemangel und der damit zusam-

menhängende Unterrichtsausfall sollen durch Mehrbelastungen der vorhandenen Lehrkräfte an den Schulen Sachsen-Anhalts aufgefangen werden. Dagegen hatte am Mittwoch die GEW zu einer Demonstration aufgerufen und etwa 1000 Lehrerinnen und Lehrer vor dem Landtag demonstriert und zahlreiche Abgeordnete von DIE LINKE waren dabei und solidarisierten sich mit den Protestierenden.

Damit diese Arbeitszeitordnung in unveränderter Fassung gültig bleibt, haben wir im Landtag einen entsprechenden Antrag gestellt. Außerdem wollen wir, dass die Ausschreibungspraxis für Neueinstellungen von Lehrkräften flexibilisiert und ein Konzept zur Qualifikation von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern vorgelegt werden. Zugleich fordern wir weitere Maßnahmen, mit denen die Lehrkräfte spürbar von Aufgaben entlastet werden, die nicht der Erteilung von Unterricht dienen.

Neuer Finanzminister vereidigt

Der bisherige Finanzminister Schröder (CDU) hat am 19. Juni sein Rücktrittsgesuch beim Ministerpräsidenten eingereicht und am Donnerstag wurde der bisherige Staatssekretär im Finanzministerium, Michael Richter, vereidigt.

Zum Gedenken an Rosa – ZITAT DES MONATS:



„Die Mißachtung des Lebens und die Brutalität gegen den Menschen lassen die Fähigkeit des Menschen zur Unmenschlichkeit erkennen. - Sie kann und darf kein Mittel irgendeiner Konfliktlösung sein und bleiben.“

Lesen gegen das Vergessen – Die Bernburg-Premiere

Roland Claus, DIE LINKE ELSALAND

Am 10. Mai fand auf dem Karlsplatz in Bernburg erstmals die Veranstaltung „Lesen gegen das Vergessen“ statt. Eingeladen hatte der Kreisverband DIE LINKE des Salzlandkreises.

„Lesen gegen das Vergessen“ ist eine mahnende Erinnerung an die Bücherverbrennung der Nazis vom 10. Mai 1933 in Berlin. In Bernburg wurde gelesen aus den Werken damals geächteter Autorinnen und Autoren. Wir hörten Texte von Heinrich Heine, Anna Seghers, Bertha von Suttner, Erich Kästner, Joachim Ringelnatz, Rosa Luxemburg u.a.m.

Auch später als 1933 entstandene Texte, die mit dem Erinnern an dieses Ereignis verbunden sind, waren zu hören. So von dem Geistlichen Dietrich Bonhoeffer, den die Nazis ermordeten oder von dem Liedermacher Reinhard Mey.

Klar, dass etliche Promis der LKINKEN dabei waren. So u. a. Eva von Angern, Lothar Boese, Doreen Hildebrandt und Sabine Dirlich. Schön aber auch, dass wir über die Partei hinaus Mitwirkende gewinnen konnten, so den sehr begabten Gymnasialschüler Fabian Naumann, die Pfarrerin Annett Lazai, die Vorsitzende der Jugendkulturinitiative Bernburg Juliane Bäse.

Wie beim Marx-Jubiläum im vorigen Jahr war auch wieder das Theatrum Hohenerleben dabei. Sehr beeindruckend, wie Judith



Lesung und Musik auf dem Bernburger Karlsplatz; Foto: privat

Kruder die Rede von Clara Zetkin im Reichstag 1932 wiedergegeben hat.

Ja, und dann war da noch ein besonderes musikalisches Ereignis zu genießen. Der Cellist Matthias Marggraff aus Magdeburg hat uns mit seiner Spielkunst erfreut und dem Programm eine eigene Ausstrahlung gegeben. Danke Matthias!

Ohne den Regen am Beginn der Lesung hätten wir sicher noch mehr Besucher/innen gehabt. Dennoch: Dank allen Teilnehmenden,

dass so aufmerksam zugehört wurde. Wenn die Organisatoren gut arbeiten merkt man ihre Arbeit nicht. Deshalb besonderen Dank an die Organisatoren um Jörg Lemmert und die Helferinnen und Helfer. Wenn der letzte Applaus verklungen ist, geht deren Arbeit noch lange weiter. Danke dafür!

Und vielen Dank an die junge Moderatorin Pia Schillinger. Ihr Talent haben wir nicht im Überfluss.

CDU muss klären, ob sie im demokratischen Parteienspektrum bleiben will

Andreas Höppner und Thomas Lippmann

Nach erneuten Berichten der Mitteldeutschen Zeitung bereiten sich Teile der CDU-Fraktion im Landtag für ein Bündnis mit der völkisch-nationalistischen »Alternative für Deutschland« vor. Die Zeitung berichtet aus einem Papier der beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thomas und Zimmer, in welchem diese u.a. fordern, es müsse wieder gelingen das »Soziale« mit dem »Nationalen« zu »versöhnen« und sich für eine Zusammenarbeit mit den »liberalen Kräften« in der AfD zu öffnen. Dazu erklären ehemalige Landesvorsitzende Andreas Höppner und der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann:



Thomas Lippmann und Andreas Höppner; Foto: privat

»Mit diesem Vorstoß wird überdeutlich, dass eine Stimme für die CDU bei der nächsten Landtagswahl eine Stimme für eine Regierungsbeteiligung der AfD bedeuten kann. Welcher Gefahr damit für die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt droht, hat die AfD immer wieder mit ihren Anträgen gezeigt, zuletzt mit ihrem Antrag, das Mittel eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses als Tribunal gegen demokratische Organisationen zu missbrauchen und so den

Boden für deren Beseitigung zu bereiten.

»Die CDU muss deutlich machen, wo Konservatismus endet und wo völkischer Nationalismus beginnt.«, hat zuletzt Ruprecht Polenz, der ehemalige Generalsekretär der Bundes-CDU, in einem Gastbeitrag für SPIEGEL ONLINE geschrieben. Die CDU in Sachsen-Anhalt ist gut beraten, das zu beherzigen. Dass Thomas und Zimmer davon schreiben, das »Nationale« mit dem »Sozialen« versöhnen zu wollen, ruft historische Anlei-

hen auf, die erschreckend sind. Genauso die Übernahme unbelegter Behauptungen der extremen Rechten, wie die einer angeblichen »Zunahme an neuer brutaler Kriminalität« im Kontext von Migration.

Die CDU muss nun dringend zwei Fragen für sich klären. Will sie weiter Teil des demokratischen Spektrums bleiben oder will sie aus purem Machterhalt dieses durch den Schulterschluss mit den Rechtsaußen verlassen? Und welche Verantwortung trägt die Partei selbst für das Erstarken der extremen Rechten durch die fortschreitende Übernahme rechter Parolen in ihre politische Agenda.

Wenn die CDU-Führung hier jetzt keine Klarheit schafft, müssen SPD und Bündnis90/Die Grünen die Grundlagen der Zusammenarbeit neu bewerten. Die Kenia-Koalition war als Zweckgemeinschaft gebildet worden, um ein „Bollwerk von Demokraten gegen die AfD“ zu bilden. Diese gemeinsame Grundlage hätte die CDU dann endgültig zerstört. Eine Fortführung wäre eine Farce und würde die politische Arbeit im Land vollständig lähmen.«

Von der Konstituierung der Kreistagsfraktion

Klaus Magenheimer, Fraktionsassistent

Die am 26. Mai auf der offenen Liste DIE LINKE. gewählten 8 Mitglieder trafen sich am

24. Juni zu ihrer konstituierenden Fraktionssitzung. Sie fand auf Einladung des Kreisvorsitzenden Dr. Lothar Boese in der Geschäftsstelle in Staßfurt statt.

In dieser Sitzung wurden das Mitglied der Unabhängigen Wählergemeinschaft Egelin, Reinhard Luckner und das Mitglied der Unabhängigen Bürgervertretung von Staßfurt, Ralf-Peter Schmidt als weitere Fraktionsmitglieder aufgenommen. Somit besteht die Fraktion aus 10 Mitgliedern und ist nach der CDU mit 14, der SPD mit 13 Mitgliedern, die drittstärkste Fraktion im Kreistag, vor der AfD.

Zur Fraktionsvorsitzenden wurde wiederum Sabine Dirlich aus Schönebeck gewählt.

Die nunmehr nur noch zwei Stellvertreter sind Christian Jethon aus Nienburg und Reinhard Luckner. Bianca Görke aus Staßfurt ist auserwählt, für einen möglichen Sitz im Kreistagsvorstand vorgeschlagen zu werden.

Wenn der Vorschlag der Verwaltung, für den Kreistag nur noch drei beratende Ausschüsse zu bilden, mit Erfolg angenommen wird, werden wir als drittstärkste Fraktion den Zugriff auf einen Ausschussvorsitz haben. Dafür hat die Fraktion ihre Finanzexpertin Dr. Silvia Ristow aus Berburg als Personalvorschlag auserkoren. Als zweite Vertreterin im Haushaltsausschuss wurde Elke Reinke aus Ascherleben vorgesehen.

Im Kreisausschuss mit seinen 12 Mitgliedern werden Sabine Dirlich und Reinhard



Sabine Dirlich bleibt Vorsitzende der Kreistagsfraktion; Foto: privat

Luckner die Fraktion vertreten. Im Sozialausschuss, mit ebenfalls 12 Mitgliedern, werden Christian Jethon und Ralf-Peter Schmidt aus Staßfurt die Vertreter sein. Wolfgang Weißbart aus Cochstedt und Reinhard Luckner werden im zwölfköpfigen Kreisentwicklungsausschuss arbeiten. Als sachkundige EinwohnerInnen wurden Ethel Muschalle-Höllbach aus Groß-Börnecke, Angelika Flügel aus Staßfurt und Klaus Magenheimer aus Rathmannsdorf unsere sozialen Interessen vertreten. Für

den Betriebsausschuss des Jobcenter wurden Bianca Görke und Elke Reinke nominiert. Im Betriebsausschuss des Kreiswirtschaftsbetriebes werden Wolfgang Weißbart und Klaus-Gunther Seyffert aus Berburg, als der Nachrücker für Dr. Lothar Boese aus Bernburg, mitarbeiten.

Die Fraktion hat sich darauf verständigt, die bestehende Geschäftsordnung bis zur nächsten Sitzung zu überarbeiten und neu zu beschließen. Neue Überlegungen sind erforderlich, weil wegen der Reduzierung der Mitglieder der Fraktion auch erheblich weniger finanzielle Mittel für die Sacharbeit und auch Personalkosten für die Fraktionsassistenten zur Verfügung stehen werden.

Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Jan Korte und der ebenfalls reduzierten Stadtratsfraktion von Staßfurt, werden die erforderlichen Mittel zur Bezahlung der Miete für die Geschäftsstelle in Staßfurt, Löderburger Str. 94, zusammenzutragen sein.

Auf der Grundlage des neuen Sitzungsplanes des Kreistages wird die Fraktion nach einem halbjährlichen Arbeitsplan wirken. Verstärkt soll dabei die Öffentlichkeit eingeladen werden und die Veranstaltungen im gesamten Kreisgebiet stattfinden.

Wahlauswertung Saale-Wipper

Lars Lehmann, Die LINKE Saale-Wipper

Die Mitglieder des Ortsverbandes Saale-Wipper der Partei DIE LINKE., sowie die in der Kommunalwahl für uns angetretenen Kandidatinnen und Kandidaten trafen sich am 11.06.2019 zur Auswertung der Kommunalwahlen im Gasthaus „Schwarzer Bär“ in Güsten.

Die Ergebnisse im Ortsverband können durchweg als gut bis sehr gut betrachtet werden, im Verbandsgemeinderat konnte mit 19,35% der Stimmen ein zusätzliches Mandat errungen werden (Zuwachs 2,04%), sodass wir hier nun 4 statt bisher 3 Vertreter haben. Hier ist, insbesondere vor der im Vorfeld der Wahl in vielen Orten angeschobenen Diskussion des geringen Frauenanteils erfreulich, dass auch 2 Kandidatinnen den Einzug in den Verbandsgemeinderat geschafft haben und wir hier eine entsprechende Geschlechteraufteilung haben, die beispielhaft ist.

Ähnliches trifft auf den Stadtrat Güsten zu, hier konnten wir unsere bisherigen 4 Mandate, bei einem geringen Anteilszuwachs der Stimmen (0,167%) halten, dies ist insbesondere

vor dem Hintergrund der enormen Verluste der weiteren beiden im Stadtrat vertretenen Parteien CDU (-8,05%) und SPD (-11,39%) zufriedenstellend. Die Wählervereinigung „Bürger für Bürger“ konnte hier mit einem Zuwachs von 4,25% einen guten Zuwachs verzeichnen. Nicht zufrieden stellen kann das Ergebnis der AfD, welche mit nur einem Kandidaten 529 Stimmen und damit aus dem Stand 11,41% der Wähler überzeugen konnte, hier ist auf allen politischen Ebenen ein Umdenken gefragt, um zu analysieren, was so viele Menschen dazu bewegt eine solche Partei, gerade auf kommunaler Ebene zu wählen.

Im Stadtrat Alsleben konnten wir ebenfalls wieder 2 Mandate erringen, auch hier unter einem Stimmenzuwachs von 1,1%. In Plötzkau haben wir 1 Mandat verloren und einen Stimmenverlust von 5,37%, hier haben uns leider 2 ehemalige Kandidatinnen verlassen. Dafür konnten wir jedoch einen neuen jungen Mitstreiter finden, welcher jetzt sukzessive im Rahmen der Ortsversammlungen, an das Thema

Kommunalpolitik herangeführt wird und dann bei der nächsten Wahl in den Ortschaftsrat einziehen wird. In Ilberstedt und Giersleben hatten wir leider keine Kandidaten für die Ortschaftsräte, jedoch konnten wir in beiden Orten vor der Wahl bzw. im Wahlkampf neue Mitglieder gewinnen, sodass wir auch hier auf die nächste Wahl und eine entsprechende Kandidatur für die Ortschaftsräte hinarbeiten.

Die Wahlergebnisse in Saale-Wipper zeigen, dass unsere Arbeit vor Ort geschätzt wird, zumal viele unserer Kandidatinnen und Kandidaten nicht nur politisch, sondern auch in anderen Vereinen aktiv sind.

Der Dank des Sprecherrates gilt allen Kandidatinnen und Kandidaten sowie allen Unterstützern im Wahlkampf und insbesondere auch den bisherigen Vertretern in den Räten, die durch ihre Arbeit dieses gute Ergebnis erst ermöglicht haben. Wichtig ist jetzt nicht nachzulassen, sondern weiter in der Öffentlichkeit präsent zu sein, dies nämlich hebt uns von den anderen Parteien ab.

Inklusionswoche führte in den Bundestag

E. Fastner, T. Löffler und D. Mertens



Die Gruppe auf dem Reichstagsgebäude; Foto: privat

Im Mai führte das Inklusions-Netzwerkes Staßfurt (INS) bereits zum 11. Mal die Inklusionswoche in der Bodestadt durch. Zu dem umfangreichen Programm gehörte in diesem Jahr auch eine Fahrt in den Deutschen Bundestag, die von einigen Mitarbeitern der Werkstatt der Lebenshilfe Bördeland wahrgenommen wurde. Hier ist der Bericht der Gruppe:

„Zum Abschluss der Inklusionswoche hatten wir die Möglichkeit erhalten, auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Herrn Jan Korte, mit einer Gruppe von 9 Personen in Begleitung von Herrn Ziem in den Bundestag zu fahren.

Vor der Abfahrt in Staßfurt bekamen alle Teilnehmer von Frau Fischmann, der Vorsitzenden des Inklusions-Netzwerkes Staßfurt, noch einen Proviantbeutel mit auf den Weg, ehe wir dann in Richtung Berlin verabschiedet wurden.

Als wir angekommen waren, mussten wir noch ein wenig die Zeit überbrücken. Diese Zeit wurde individuell im Hauptbahnhof verbracht, bis wir langsam zum Paul-Löbe-Haus gingen, um den Besuch des Bundestages zu beginnen.

Nach dem der Einlass erfolgreich war, wurden wir in die Besucherkantine geführt. Eine kleine Stärkung war auch nötig, da die Prozedur des Einlasses für den Einen oder Anderen

doch ziemlich nervenaufreibend war. Bei der Möglichkeit, etwas zu essen, wurde die Zeit auch nochmal dafür genutzt, sich über unsere Vorhaben auszutauschen.

Und es dauerte auch nicht mehr lange, da wurden wir vom Personal des Bundestages durch eine Unterführung direkt in den Bundestag und auf die Besucher-Ebene begleitet. Dort verbrachten wir die Zeit, bis unsere Gruppe in das Plenum gelassen wurde. Der Rhythmus von einer Stunde, im Plenum verbleiben zu dürfen, ist gängige Praxis, damit möglichst viele Besucher in diesen Genuss einer Bundestagsdebatte zu kommen.

Es war eine sehr schöne Erfahrung, einen Teil der Arbeit unseres Parlaments einmal nicht durch die Medien, sondern einfach nicht geschnitten und ohne Kommentar zu erleben. Wir durften einer Aktuellen Stunde lauschen zum Thema: „Finanzierungslücke der Grundrente“.

Da dieser Aktuellen Stunde mehrere Abstimmungen vorangingen, gab es die Befürchtung bei Einigen, dass es keine Redebeiträge zu hören gibt. Bei der limitierten Zeit von einer Stunde wäre durchaus möglich gewesen, dass wir nur Abstimmungen mitbekommen. Dieses war zum Glück aber nicht der Fall. Manchmal

fiel es auch wirklich schwer, seine Meinung auf der Tribüne für sich zu behalten, aber das gehört nun mal dazu.

Herr Korte hatte sich, nachdem wir den Plenarsaal verlassen hatten, noch ein wenig Zeit genommen, um mit uns ein kleines Gespräch zu führen, wo wir auch die ein oder andere Frage stellen durften, die er uns erschöpfend beantwortet hat. Durch seine bodenständige Art ist es ihm gelungen, uns weitestgehend die Berührungängste zu nehmen, und eine angenehme Gesprächsatmosphäre zu kreieren. Die Zeit verging viel zu schnell und es war uns nicht möglich, alle Fragen, die wir vorbereitet hatten, zu stellen. Herr Korte hatte sich verabschiedet, weil er an einer Abstimmung teilnahm. Unter den Eindruck eines sehr schönen Gespräches besuchten wir noch das Dach des Bundestages, um die Kuppel zu besichtigen. In Erinnerung an diesen schönen Tag entstand hier auch das Gruppenbild von dieser Fahrt. Den Abschluss des Tages bildete dann der Besuch des Brandenburger Tors.

Auf den Weg nach Hause reifte in der Gruppe der Wunsch, eine derartige Fahrt zu wiederholen! Die Erfahrungen, Erinnerungen und wie das gemeinsam erlebte die Gruppe stärkt, wird uns auf unserem Weg begleiten.“

Geburtstagslesung für Erik Neutsch

Christa Beier, DIE LINKE ELSALAND

Am 26.06.2019 fand eine Veranstaltung im Industriemuseum (iMUSEt) aus Anlass des 88. Geburtstages von Erik Neutsch statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Erik-Neutsch-Stiftung. Die Einladung zur Veranstaltung wurde mehrere Male in der Volksstimme veröffentlicht. Trotz der Hitze waren viele Schönebecker Bürgerinnen und Bürger der Einladung gefolgt. Der Saal war voll. Das erklärt sich auch daraus, weil Erik Neutsch ein Schönebecker war. Roland Claus als Mitglied des Stiftungsvorstandes eröffnete die Veranstaltung und ging darauf ein,

dass auch Werner Tübke ein Schönebecker war. Deshalb lief im Hintergrund eine Bildinterpretation aus dem Bauernkriegspanorama in Bad Frankenhausen.

Dr. Georg Plenikowski, der iMUSEt-Vorsitzende sprach ein Grußwort aus und brachte seine Freude zum Ausdruck, dass die Museumsräume für solche Veranstaltungen genutzt werden.

In Vertretung des Schönebecker OB, brachte auch Frau Schröder ein Grußwort aus und sagte, dass sie dies auch sehr gerne tue.

Musikalisch unterrahmt wurde die Veran-

staltung von „spirit flow“. Den Literaturwettbewerb der Stiftung eröffnete die Stiftungsvorsitzende Dr. Evelin Wittich. Aus dem Roman „Nach dem großen Aufstand“ lasen u.a. Dr. Evelin Wittich, Schönebecker Schülerinnen und Schüler aus der Maxim-Gorki-Schule und Sabine Dirlich.

Zum Abschluß der Veranstaltung wurde noch ein Glas Sekt gereicht und die Erwartung ausgesprochen, dass weitere gemeinsame Veranstaltungen folgen. Verwiesen wurde auf die Ausstellung mit Werken von Werner Tübke am 12.07.2019.

Zahl der Nichtschwimmer und tödlichen Badeunfälle steigt dramatisch an – Jan Korte fordert Investitionsoffensive

Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der LINKEN im Deutschen Bundestag, Jan Korte (MdB), schlagen Alarm: Immer mehr Schwimmbäder schließen, immer weniger Kinder lernen schwimmen. Deutschland drohe, zu einem Land der Nichtschwimmer zu werden, weil die Sparpolitik der letzten Jahre zur Schließung hunderter Schwimmbäder geführt habe.

Der LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte unterstützt die Kritik der DLRG an der Negativentwicklung. „20 bis 25 Prozent aller Grundschulen können inzwischen keinen Schwimmunterricht mehr anbieten, weil vor Ort kein Schwimmbad mehr zur Verfügung steht. Rund 60 Prozent der Zehnjährigen sind nach einer von der DLRG in Auftrag gegebenen Umfrage keine sicheren Schwimmer. Die Zahl der Schwimmbäder in Deutschland ist von 7800 im Jahr 2000 und 6400 im Jahr 2018 gesunken. Für dieses Jahr sind voraussichtlich weitere 70 Bäder von einer Schließung betroffen“, warnt Korte.

„Dieser Kahlschlag bleibt nicht ohne Folgen. Mindestens 504 Menschen kamen 2018 in Deutschland bei Badeunfällen ums Leben, ein Anstieg um mehr als 100 zum Vorjahr. Die Zahl der ertrunkenen Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren stieg um 38 Prozent. Unter den 71 Todesopfern dieser Altersgruppe waren 26 Kinder im Vor- und Grundschulalter.“



MdB Jan Korte; Foto: privat

Angesichts des geschätzten Sanierungsbedarfes von bundesweit rund 14 Milliarden Euro bei Frei- und Hallenbädern, davon allein in Sachsen-Anhalt mindestens 3,65 Mio. Euro bei Freibädern, bekräftigt der anhaltische Abgeordnete die Forderung der LINKEN nach einer bundesweiten Investitionsoffensive zur Sanierung maroder und die Wiedereröffnung bereits geschlossener Schwimmbäder. 25 Jahre Sparpolitik zu Lasten der sozialen Infrastruktur habe die Schwimmkompetenz der Bevölkerung von 90 auf unter 50 Prozent sinken lassen.

„Konzerne, Millionäre und Börsenspekulanten, deren Gewinne und Vermögen in den zurückliegenden Jahren nahezu ins Unermessliche gestiegen sind, müssen durch gerechtere Steuern endlich wieder angemessen an der Finanzierung unserer öffentlichen Infrastruktur herangezogen und die teuren NATO-Ausrüstungspläne zudem gestoppt werden“, fordert Jan Korte mit Blick auf die Finanzierung der notwendigen Investitionen.

Für einen gesellschaftlichen Konsens des Antifaschismus

Martina Renner, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für antifaschistische Politik



MdB Martina Renner; Foto: privat

„Der Mord an Walter Lübcke steht in der Kontinuität rechter Gewalt. Dagegen tritt DIE LINKE für einen gesellschaftlichen Konsens des Antifaschismus ein“, erklärt Martina Renner, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für antifaschistische Politik. Renner weiter:

„Seit 1990 wurden mindestens 170 Menschen aus rechten Motiven getötet. Es gibt eine ungebrochene Tradition rechten Terrors. Diese Bedrohung muss erkannt und beantwortet werden. Insbesondere müssen die Ermittlungen die Netzwerke und Hintergründe einbeziehen. Die Geschichte des rechten Terrors zeigt: Es gibt keine Einzeltäter.“

Der Mord an Walter Lübcke ist auch Ergebnis einer falschen Toleranz gegenüber rech-

ten Positionen. Wenn rechten Ideologen in Talkshows und Artikeln eine Bühne geboten wird, normalisiert das ihre menschenverachtende Propaganda und ermutigt diejenigen, die zur Tat schreiten wollen.

Wer rechten Terror bekämpfen will, darf Faschisten nicht mit Antifaschisten gleichsetzen. Die meisten relevanten Informationen über den mittlerweile geständigen Mörder Lübckes und seinen Hintergrund stammen aus antifaschistischer Recherche. Rechte Gewalt ist vor allem dort ein Problem, wo es keine antifaschistische Alltagskultur gibt. Die Kriminalisierung von Antifaschismus ebnet den Neonazis den Weg.“

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Juli und August
recht herzlich**

Zum 97. Geburtstag
Anne-Christine Böhm
Helmut Sperling

Zum 94. Geburtstag
Marianne Brüning

Zum 91. Geburtstag
Magdalena Sacher

Zum 90. Geburtstag
Erwin Kuhnert

Zum 87. Geburtstag
Herbert Eisfeld

Zum 83. Geburtstag
Brigitte Köpplin
Friedel Müller

Zum 82. Geburtstag
Peter Eishold

Zum 80. Geburtstag
Hella Kähner

Zum 75. Geburtstag
Brigitte Drenkow

Zum 70. Geburtstag
Helmut Löbert

Zum 65. Geburtstag
Sabine Dirlich

Zum 60. Geburtstag
Karsten-Michael Schwalbach

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Juli und August Geburtstag haben**



**Gemeinsames Sommerfest DIE
LINKE Salzlandkreis, MdL Doreen
Hildebrandt und MdB Jan Korte**

Alle Interessent*innen sind am
23.08.2019 ab 15 Uhr vor dem
Bernburger Bürgerbüro (Kleine
Wilhelmstraße 2b) wieder eingela-
den, mitzufeiern. Auf dem Programm
stehen u.a. Live-Musik vom Duo „Two
Men“, eine Ausstellungseröffnung,
Kinderecke und Polit-Quiz. Auch für
Speis und Trank ist natürlich wieder
gesorgt.

**Einladung zur Kreisversammlung
mit Vorstandswahl**

Am **12.10.2019** sind alle
Genoss*innen des Kreisverbandes zur
Kreisversammlung eingeladen. Wir
kommen **ab 10 Uhr im Saal der Staß-
furter Stadtwerke (Athenslebener
Weg 15)** zusammen. Mehr Informatio-
nen in der nächsten LINKEN Zeitung.

**Sommerfest DIE LINKE
Saale-Wipper**

Die Genoss*innen des Ortsverbandes
laden am **19.07.2019 ab 18 Uhr** zum
gemeinsamen Grillen auf das Gelän-
de des Heimatvereins Gnölbzig ein.

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung sucht ständig
Beiträge aus allen Regionen des
Salzlandkreises. Wir freuen uns über
Beiträge über alle Veranstaltungen
bei euch. Interessent*innen nutzen
bitte die Kontaktdaten der Redaktion
(siehe rechte Spalte).

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder
am **21.08.2019 um 18 Uhr** im
Staßfurter Fraktionsbüro
(Löderburger Straße 94).

**ClimatePartner[®]
klimaneutral**

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde
klimaneutral auf Recyclingpapier
gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 23. August 2019.
Redaktionsschluss für diese
Ausgabe war
der 28. Juni 2019.**

Nachruf

Wir trauern um unsere Genossin
Renate Meyer aus Unseburg,
Renate hat langjährig als Mitglied
der Partei DIE LINKE verdienstvoll
und engagiert im Ortsverband in der
Egelner Mulde gewirkt.
Als Mitglied der Kreistagfraktion und
als Kommunalpolitikerin hat sie sich
unermüdlich für die sozialen Belange
der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt
konsequente Haltung gezeigt. Sie wird
uns in Zukunft fehlen. Wir sind ihr zu
großem Dank verpflichtet.

Kreisvorstand
Kreistagsfraktion

Nachruf

Unser Genosse **Siegfried Gallinat**
aus Wolmirsleben hat uns für immer
verlassen. Jahrelang hat es sich in
verschiedenen Positionen für eine
aktive Parteilarbeit im Ortsverband
der Egelner Mulde eingesetzt.
Als Gemeinderat in Wolmirsleben
vertrat er konsequent und sachlich
die Ziele unserer Partei. Wir sind ihm
zu großem Dank für sein engagierten
Wirken verpflichtet. Er wird uns in
der zukünftigen Arbeit fehlen. Sein
Vermächtnis werden wir in Ehren
halten.

Ortsverband Egelner Mulde
Kreisvorstand

Sommertour von MdB Jan Korte

Der Bundestagsabgeordnete ist
**am 06.08., 23.8. und 2.9. im
Salzlandkreis** unterwegs..

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach
Redaktionsschluss eingegangenen
Artikeln kann die Veröffentlichung nicht
garantiert werden.



**Ihnen einen
schönen
Urlaub!
Der Kellnerin
einen guten
Lohn! DIE LINKE.**